

Antrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Bundeswehr sofort aus Afghanistan abziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag widerruft seine Zustimmung (Bundestagsdrucksachen 19/1094, 19/1301, 19/1335) zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan (RSM) gemäß § 8 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes (ParlBG).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Einsatz der bewaffneten deutschen Streitkräfte an dem NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan (RSM) sofort für beendet zu erklären,
2. den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan sofort einzuleiten.

Berlin, den 19. Februar 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die militärische Intervention des Westens in Afghanistan, die bereits 19 Jahre andauert, hat Afghanistan weder Frieden und Stabilität noch Demokratie noch soziale Entwicklung gebracht. Ungeachtet dessen hat die Bundesregierung einen weiteren Antrag auf Verlängerung des Bundeswehr-Mandats im Rahmen der NATO-geführten Resolute Support Mission (RSM) in unveränderter Truppenstärke von bis zu 1300 Soldatinnen und Soldaten bis Ende März 2020 vorgelegt. Anfang 2019 hat US-Präsident Trump die drastische Reduzierung der US-Truppen in Afghanistan angekündigt. Diese Ankündigung des größten Truppenstellers innerhalb von RSM sollte von der Bundesregierung erst recht als Ansporn aufgenommen werden, endlich den Ausstieg aus diesem Endlos-Einsatz einzuleiten.

Ende 2001 beschloss der Bundestag, auf Antrag der damaligen rot-grünen Bundesregierung, als Reaktion auf die Terroranschläge in New York die Bundeswehr in den Krieg gegen den Terror zu schicken. Erstes Schlachtfeld dieses Feldzugs wurde Afghanistan, weil dessen islamistisches Regime (Taliban) Terroristen Unterschlupf und Unterstützung bot. Die Bundeswehr zog an der Seite der USA und Großbritanniens im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“ (OEF) und in der NATO-Mission ISAF (International Security Assistance Force) nach Afghanistan.

Nach dem Sturz der Taliban und der Einrichtung einer Übergangsregierung sollten die Militäreinsätze den internationalen Terrorismus in Afghanistan bekämpfen und die vom Westen eingesetzten neuen Institutionen stabilisieren und militärisch schützen. In der deutschen Öffentlichkeit waren die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Afghanistans als Einsatzziel betont worden.

Die Bilanz des Feldzuges fällt erschütternd aus. Der internationale Terrorismus wurde nicht ausgemerzt. Afghanistan wurde nicht stabilisiert. Die Taliban verfügen über mehr Einfluss und Gelände als je seit 2001 und der Krieg sieht keinem Ende entgegen. Die soziale Entwicklung wurde nicht wesentlich vorangebracht. Afghanistan belegt nach wie vor hintere Ränge in allen internationalen Vergleichstabellen, die sich auf die soziale Situation der Menschen beziehen. Eine nachhaltige Wirtschaft wurde nicht in Gang gesetzt. Die Wirtschaft orientierte sich einerseits stark auf die Zulieferung zu den militärischen Einrichtungen der NATO. Diese Wirtschaftszweige drohen nach der Truppenreduktion zu implodieren. Andererseits dehnte sich der Opiumanbau stark aus. Alternative und vor allem nachhaltige Beschäftigungsangebote konnten nicht entwickelt werden.

2,7 Millionen Afghaninnen und Afghanen sind ins Ausland geflohen. 1,8 Millionen Menschen sind innerhalb Afghanistans auf der Flucht. Viele Menschen verlieren nach wie vor in der militärischen Konfrontation zwischen dem Westen und der von ihm gestützten Regierung einerseits und den Taliban und anderen Aufständischen andererseits ihr Leben. Nach UNO-Angaben wurden 2017 10.000 Zivilisten in dieser Auseinandersetzung getötet oder verletzt.

Für den gesamten Zeitraum seit 2001 rechnet die internationale Ärzte-Organisation IPPNW mit 220.000 direkten und indirekten Opfern der Auseinandersetzung. 58 Bundeswehrsoldaten und acht deutsche Angehöriger anderer Organisationen (z. B. Entwicklungsorganisationen) verloren in Afghanistan ihr Leben.

Auch die finanziellen Kosten des Afghanistan-Kriegs wiegen schwer: Der ISAF-Einsatz der Bundeswehr, der Ende 2014 zu Ende ging, hat den deutschen Steuerzahler 8,8 Mrd. Euro gekostet. Der Einsatz in der Nachfolge Mission „Resolute Support“ (RSM) verursacht jährlich 250 bis 360 Mio. Euro an einsatzbedingten Zusatzkosten. Im Jahr 2018 hatte die Bundesregierung die Personalobergrenze für RSM von 980 auf 1300 erhöht – auch das ein Eingeständnis, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan nicht verbessert.

Die Beendigung des Einsatzes ausländischer Truppen in Afghanistan wäre eine wichtige Voraussetzung für eine positive zivile Entwicklung und für eine politische Lösung des Konfliktes. Die Bundesregierung investiert bereits viel Geld in den zivilen Aufbau: 430 Mio. Euro pro Jahr fließen als zivile Unterstützung nach Afghanistan. Doch entfalten diese Mittel im Kontext von Krieg, schwacher Staatlichkeit und Korruption keine Wirkung.